

Köln, Januar 2020

Positionierung der DGSF zur aktiven Mitwirkung der Zivilgesellschaft für den Klimaschutz

Für die Deutsche Gesellschaft für Systemische Therapie, Beratung und Familientherapie (DGSF) haben zivilgesellschaftlichen Aktivitäten zum Klimaschutz und der Erhaltung unserer natürlichen Lebensgrundlagen einen hohen Stellenwert. Die DGSF unterstützt daher auch das von mehr als 60 Organisationen getragene Maßnahmenprogramm Klimaschutz 2030 der deutschen Zivilgesellschaft unter der Überschrift: „WANN, WENN NICHT JETZT“ (www.klima-allianz.de/publikationen/publikation/mp2030).

Bei ihrer Mitgliederversammlung im September 2019 hat die DGSF mit großer Mehrheit beschlossen, einen Antrag auf Beitritt zur Klima-Allianz zu stellen (www.klima-allianz.de). Die Klima-Allianz Deutschland ist das breite gesellschaftliche Bündnis für den Klimaschutz. Mit ihren über 120 Mitgliedsorganisationen aus den Bereichen Umwelt, Kirche, Entwicklung, Bildung, Kultur, Gesundheit, Verbraucherschutz, Jugend und Gewerkschaften setzt sie sich für eine ambitionierte Klimapolitik und eine erfolgreiche Energiewende auf lokaler, nationaler, europäischer und internationaler Ebene ein. Ihre Mitgliedsorganisationen repräsentieren zusammen rund 25 Millionen Menschen.

Mehr als sechzig Organisationen aus der Breite der Zivilgesellschaft haben nun unter Federführung der Klimaallianz ein umfassendes Forderungspapier erarbeitet, in dem die notwendigen Maßnahmen in allen klimapolitischen Handlungsfeldern beschrieben werden, damit Deutschland sein Klimaziel 2030 erreicht. Zentrale Forderungen sind ein baldiger Kohleausstieg, die schnelle Umsetzung der Verkehrs- und Agrarwende sowie ein ambitionierter CO₂-Preis.

Vor diesem Hintergrund legen die unterzeichnenden Organisationen als Teil der Zivilgesellschaft ein umfassendes Forderungspapier vor, das anknüpft an den Klimaschutzplan 2050 der Bundesregierung aus dem Jahr 2016, und das Ziel verfolgt, die Vorgaben des Pariser Klimaabkommens einzuhalten. Bei aller Unzulänglichkeit dieses langfristigen Klimaschutzplans bestand ein wichtiger Fortschritt darin, dass er erstmals konkrete sektorale Ziele für die wesentlichen Handlungsfelder bis zum Jahr 2030 festlegte. Das daran ausgerichtete Maßnahmenprogramm 2030 der Bundesregierung war zudem verbunden mit der Ankündigung, 2019 ein Klimaschutzgesetz zu verabschieden, das Verlässlichkeit und Planungssicherheit in der Klimapolitik über Legislaturperioden sichern könnte.

Im Maßnahmenprogramm Klimaschutz 2030 der deutschen Zivilgesellschaft ergänzen wichtige Querschnittsthemen die Handlungsfelder Energie, Gebäude, Verkehr, Industrie und Landwirtschaft aus dem Klimaschutzplan 2050 der Bundesregierung. Sie befassen sich mit der Notwendigkeit der Umgestaltung des für die Energiewende kontraproduktiv gewordenen Steuer-, Abgaben- und Umlagesystems, mit den fundamentalen Rückwirkungen der globalen Klimapolitik auf das Finanzwesen, mit den Herausforderungen des Bildungssystems in der Energiewende und mit einem geschlechtergerechten Leben und Wirtschaft.

Aus systemischer Sicht betrachtet haben sich die ökologischen und klimatischen Umweltbedingungen durch den von Menschen gemachten Klimawandel auf unserem Planeten rasant und dramatisch verändert. Die Folgen sind eine globale Erderwärmung, ein nie dagewesenes Artensterben, das Abschmelzen von Gletschern und Polkappen, das Steigen

des Meeresspiegels, sich ausdehnende Wüsten, zunehmende und häufiger auftretende Naturkatastrophen wie Überschwemmungen, Dürreperioden und Stürme. Ebenso gilt es als Konsens, dass das Zeitfenster für einen wirksamen Klimaschutz sehr eng gefasst ist (www.umweltbundesamt.de/themen/klima-energie/klimawandel).

Der Klimawandel hat bereits jetzt erhebliche weltweite Auswirkungen auf die Existenz und Gesundheit von Millionen Menschen. Künftig werden klimatische Veränderungen als Hauptverursacher von kriegerischen Konflikten, Flucht und Vertreibungen sowie in deren Konsequenz für posttraumatische Belastungsstörungen, Anpassungsstörungen und soziale Störungen angesehen.

Auch innerhalb Deutschlands wird es zu Veränderungen kommen. Dürresommer wie der des Jahres 2018 und Starkwetterereignisse werden zunehmen. Diese Entwicklungen werden Landschaft und Lebensgrundlage vieler Menschen verändern – die gesamtgesellschaftlichen Auswirkungen sind nach ernst zu nehmenden Szenarien unabsehbar. Mit dem sich zuspitzenden Klimawandel werden existentielle Ängste in der Bevölkerung zunehmen, die sich als Auslöser für Symptome auch in psychotherapeutischen Kontexten widerspiegeln werden. Damit ist in Zukunft mit einer Zunahme von sozialen und psychischen Problemen der Menschen und bei den von uns betreuten Familien und sozialen Gemeinschaften sowie in der Lebensumwelt von Systemiker*innen selbst zu rechnen.

Ärzte und Psychologen warnen vor den gesundheitlichen Folgen des Klimawandels. Der Marburger Bund fordert auf seiner Hauptversammlung: „Der Stopp des vom Menschen gemachten Klimawandels und damit seiner Folgen auf die menschliche Gesundheit muss absolute Priorität auch im gesundheitspolitischen Handeln bekommen“ (www.klimawandel-gesundheit.de/marburger-bund-klima-gesundheit).

Trotz aller Erkenntnisse und Warnungen von Expert*innen, Wissenschaftler*innen und der rasant wachsenden Zahl von Akteur*innen der Zivilgesellschaft sind die bisher konkret geplanten und umgesetzten Maßnahmen von Entscheidungsträgern in Politik und Wirtschaft mehr als unzureichend, um dem Klimawandel zu stoppen oder erkennbar zu begrenzen.

Als Verband sehen auch wir uns in der Verantwortung, für einen wirksamen Klimaschutz einzutreten. Letztlich lassen sich nur hierüber wesentliche Ziele der DGSF für ein „gutes Leben“ langfristig und ohne unkalkulierbare Risiken weiterverfolgen. Wir selbst sind „Teil des Systems“, welches einer existenziellen Bedrohung ausgesetzt ist und vor der Herausforderung steht, sich zu wandeln und zu verändern.

Ressourcenorientiertes Handeln auch von Berater*innen und Therapeut*innen darf sich deshalb nicht auf intrapersonelle, intrapsychische und innerfamiliäre Prozesse beschränken, sondern muss zwangsläufig auch die grundlegenden Lebensbedingungen, das jeweilige Umfeld und damit sozial- und umweltpolitisches Handeln einbeziehen.

Mit diesem Positionspapier möchten wir dem Thema „Klimaschutz“ in unserem Verband weiter Raum geben. Über unser Netzwerk „Klimaschutz“ werden sich unsere Mitglieder zu diesem Thema verstärkt informieren, austauschen, vernetzen und professionell wie zivilgesellschaftlich einmischen.

Dr. Filip Caby und Anke Lingnau-Carduck, Vorsitzende der DGSF

Anne-Kathrin May, Ulrich Fellmeth und Sebastian Funke für das Netzwerk Klimaschutz der DGSF